

Anzeige

365 Orte im Land der Ideen – heute:

Köln: Studenten unterstützen Unternehmen

„conosco“ bietet internationale Wirtschaftsberatung

Greifswald: Top im Sport, fit im Beruf

Optimale Bedingungen für Behindertensportler

www.welt.de/land-der-ideen www.land-der-ideen.de

Deutschland Land der Ideen In Kooperation mit Medienpartner Deutsche Bank WELTGRUPPE

## 33 000 Lehrer und Erzieher brauchen zusätzlich Hartz IV

### Selbst die öffentliche Hand zahlt Niedriglöhne

BERLIN – Mehr als 180 000 Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst und angrenzenden Bereichen verdienen so wenig, dass sie ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken müssen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sabine Zimmermann hervor. Darunter sind fast 33 000 Lehrer und Erzieher, die trotz eines regulären Jobs auf Hartz IV angewiesen sind.

Laut der Antwort aus dem Innenministerium bekamen im Juli 2007 im Öffentlichen Dienst, in Schulen sowie in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Entsorgung 129 907 Beschäftigte Hartz IV, obwohl sie eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit hatten. Bei rund 5,9 Millionen Beschäftigten in diesem Bereich beträgt der Anteil der Aufstocker 2,2 Prozent. Weitere 53 621 Menschen ergänzten einen Minijob mit Arbeitslosengeld II. Hier liegt der Anteil bei 7,9 Prozent von 680 000.

„Die SPD macht sich öffentlich für Mindestlöhne stark, ist aber in der Regierung dafür verantwortlich, dass Beschäftigte den Gang zum Sozialamt antreten müssen, weil der Monatsverdienst nicht reicht“, kritisierte Zimmermann. „Das passt nicht zusammen.“ Auch die Arbeitsmarktpolitikerin Brigitte Pothmer (Grüne) nannte es „beschämend, dass die öffentliche Hand Geringverdienenden ihren Existenzsorgen im Stich lässt“. „Vater Staat“ ermuntere mit seinem schlechten Vorbild zum rücksichtslosen Verhalten in der Wirtschaft,

kritisierte die Abgeordnete und forderte eine Absicherung der Beschäftigten über Mindestlöhne.

Ökonomen bezweifeln jedoch, dass sich die hohe Zahl der Aufstocker durch die Einführung von Mindestlöhnen senken lässt. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lag der Durchschnittslohn von Vollzeitarbeitserwerbstätigen, die dauerhaft Hartz IV dazu bekommen, bei 1320 Euro im Monat. Das sind rund 7,60 Euro die Stunde. Damit lagen die Aufstocker noch über dem Stundensatz von 7,50 Euro, den die Gewerkschaften als gesetzlichen Mindestlohn fordern.

Bei diesem harten Kern handelt es sich vor allem um Paare und Familien: In der Regel muss dann ein Alleinverdienender für seinen Partner und die Kinder sowie eine entsprechende große Wohnung aufkommen. Um die Bedürftigkeit dieser Haushalte dauerhaft zu überwinden, sei daher „eine Abstimmung mit familienpolitischen Transferleistungen wie Wohn- und Kindergeld unerlässlich“, fordern die Forscher.

Ein Mindestlohn hilft den Betroffenen dagegen wenig. „Je nach Haushaltskontext kann selbst bei Lohnsätzen über 7,50 Euro Bedürftigkeit bestehen“, lautet das Fazit der Studie. In den meisten Fällen sei Bedürftigkeit trotz Erwerbstätigkeit aber nur ein vorübergehender Zustand. Von den 2,1 Millionen Aufstockern im Jahr 2005 waren nur 325 000 Erwerbstätige ganzjährig auf Hartz IV angewiesen. Mehr als die Hälfte von ihnen arbeitete jedoch gar nicht Vollzeit. Die Mehrheit stockt nicht das Arbeitseinkommen auf, sondern es ist genau umgekehrt: Die staatliche Stütze wird durch einen Mini- oder eine Teilzeitjob aufgebessert.

Vor allem im Öffentlichen Dienst ist Teilzeitbeschäftigung weit verbreitet. Die Quote liegt bei 30,2 Prozent. Seit 1991 wurde das Personal stark abgebaut. Der Personalschwund hält an: Dahinter steckt die Privatisierung und Auslagerung von kommunalen Dienstleistungen wie Abfallentsorgung oder Straßenreinigung. svb

Anzeige

Morgen in der WELT am SONNTAG:

Gewinnen Sie eines von 15 Rund-um-die-Welt-Tickets für 2 Personen.

WELT am SONNTAG Miles & More

## Tiefensee will Lkw-Maut erhöhen und neue Bahnstrecken bauen

BERLIN – Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hat erstmals ein umfassendes verkehrspolitisches Zukunftskonzept vorgelegt. Vorgesehen sind darin mehr als 30 Einzelmaßnahmen. Mit ihnen soll besonders das rasant steigende Güterverkehrsaufkommen kanalisiert werden. Tiefensee setzt vor allem auf Transport über die Schiene. Nach dem Konzept sollen mehrere Mrd. Euro zusätzlich in Straße, Schiene, Flughäfen und Wasserstraßen fließen. Genaue Werte nannte er nicht. Derzeit investiert der Staat jährlich 9,3 Mrd. Euro.

Der knapp 70-seitige Masterplan Güterverkehr und Logistik sieht vor, Verkehrsknoten auszubauen, schlägt neue Bahnstrecken vor und enthält Klima- und Lärmschutzmaßnahmen. Integriert sind Hafen- und Flughafen-Konzepte.

So sollen die Autobahnen in stark befahrenen Regionen bis 2015 mit Verkehrsmanagementsystemen ausgerüstet werden. Die Bahn soll die ärgsten Engstellen im Netz ausbauen können. Und der Masterplan sieht erste Planungen für eine völlig neue Bahnstrecke von Süden über Hannover nach Hamburg und Bremen vor, die sogenannte Y-Trasse,

die die Häfen besser an das bestehende Netz anbinden soll.

Eine zentrale Steuerungsrolle wird der Lkw-Maut zukommen, die voraussichtlich in den kommenden Jahren erhöht werden soll. Tiefensee will künftig nicht nur die direkten Kosten des Lkw-Verkehrs wie Straßenabnutzung auf die Lastwagen umlegen, sondern auch die indirekten Kosten wie Umweltschadung und Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit. Um den Gütertransport auf der Schiene attraktiver zu gestalten, soll dem Schienengüterverkehr die Stromsteuer erlassen werden, was etwa 35 Mio. Euro jährlich entspricht.

Der Plan soll als Ganzes im Bundeskabinett gebilligt werden. Verkehrsminister Tiefensee hofft, dass die Einzelmaßnahmen noch in diesem Jahr Gesetzeskraft erlangen. Beim Koalitionspartner CDU/CSU regte sich indessen Unmut. Die Pläne zur Lkw-Maut trafen vor allem die Güterkraftverkehrsgewerbe, kritisierte der verkehrspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Dirk Fischer. Überhaupt verfolge der Plan, alle Wegekosten einzurechnen, das „Ziel, Verkehr deutlich zu verteuern“. DW

Anzeige

Die Stadt Königs Wusterhausen lobt aus:

Kombiniertes Bieter- und Investorenauswahlverfahren mit vorschalteter Teilnehmerwettbewerb für den Standort „Funkerberg“ nahe dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI):

Realisierung eines touristischen Sport- und Freizeitparks.

Weitere Nutzungen sind denkbar.

Interessenbekundungen werden erbeten bis zum 25.4.2008. Die Informationsbroschüre für Bewerber ist zum download erhältlich unter [www.koenigs-wusterhausen.de](http://www.koenigs-wusterhausen.de) bzw. kann unter [stadtverwaltung@stadt-kw.brandenburg.de](mailto:stadtverwaltung@stadt-kw.brandenburg.de) abgefordert werden. Stadt Königs Wusterhausen, Der Bürgermeister, 3/2008

# Wenn Wohltäter zu Unternehmern werden

## Deutschlands Spender und Stifter setzen zunehmend auf soziale Rendite – mit großer Wirkung

Von Inga Michler

BERLIN – Mit einem Stups aufs Knie weckt Betty Schätzchen ihre Schüler aus der Meditation. In Zeichensprache erklärt sie die nächste Übung. Es ist still im Raum, gedämpftes Licht bricht sich an himmelblau-weißen Wänden. Betty Schätzchen unterrichtet Yoga für Gehörlose und Hörende. Sie selbst ist fast taub – und sie ist Unternehmerin. „Ich habe aus einer Schwäche eine Stärke gemacht“, sagt die 26-Jährige. Nach einer Banklehre ging sie für mehrere Monate nach Asien, absolvierte Kurse in Thai-Massage und Yoga. Zurück in Deutschland wagte sie den Schritt in die Selbstständigkeit.

Geholfen hat ihr dabei Norbert Kunz. Sein Berliner Unternehmen Enterability ist darauf spezialisiert, Menschen mit Behinderung den Weg ins Unternehmertum zu ebnen. Enterability feilt an Geschäftsideen, weist zu öffentlichen Förderpöten und vermittelt vielversprechenden Bewerbern Gründerdarlehen. So hat es ein Blinder zu einem Musikladen gebracht, ein Mongoloider zu seiner eigenen mobilen Snackbar oder Betty Schätzchen zu ihrer Yoga-Schule.

Und Norbert Kunz hat über Berlin hinaus für Aufsehen gesorgt. Er ist ein Sozialunternehmer par excellence. Denn seine Geschäftsidee hat das Zeug, vielen Menschen zu helfen – weit über die eigene Region hinaus. Deshalb kürte die renommierte internationale Organisation Ashoka Kunz zu einem ihrer deutschen Stipendiaten. Zudem schaffte er es 2007 unter die Finalisten des Wettbewerbs „Social Entrepreneur“, den der Gründer des Weltwirtschaftsforums in Davos, Klaus Schwab, gemeinsam mit den Wirtschaftsberatern der Boston Consulting Group ausrichtet.

### Große Spender gesucht

Die Zahl der Sozialunternehmer steigt auch in Deutschland. Immer mehr Profis mischen sich unter die Wohltäter. Sie sind Menschen, die gesellschaftliche Probleme mit unternehmerischem Elan anpacken. Doch noch steckt die Bewegung hierzulande in den Kinderschuhen. „Mögliche Geldgeber sind oft zögerlich und es gibt noch keine systematische politische Förderung“, sagt etwa Mirjam Schöning, Direktorin der Schwab-Stiftung. In Schwung kommt der Markt für das Soziale allerdings durch viele gute Ideen von unten und durch steigendes Interesse von Studenten und Universitäten.

Das wird auch höchste Zeit. Denn die öffentliche Hand zieht sich wegen Geldmangels seit Jahren mehr und mehr aus sozialen Projekten zurück. Zur Integration Behinderter, im Kampf gegen die Kinderarmut oder im Umweltschutz ist immer stärker das persönliche Engagement von Bürgern gefragt. Doch anders als in den USA, wo engagierte Helfer und private Spender seit Jahrzehnten die Zivilgesellschaft prägen, sind schlagkräftige Wohltäter, die ohne Geld vom Staat oder den Kirchen handeln, in der Bundesrepublik noch eher rar.

„Es gibt immer mehr gute Ideen in Deutschland, aber es ist noch immer schwer, das nötige Geld zu sammeln“, weiß Konstanze Frischen, Geschäftsführerin der Organisation Ashoka in Deutschland. 13 Sozialunternehmer haben sie und ihr Team in den vergangenen drei Jahren für Stipendien ausgewählt und in ihr Netz aufgenommen. Weltweit gibt es schon rund 2000 Ashoka-Fellows in fast 70 Ländern, darunter zum Beispiel die Gründer von Computer-Schulen in Brasiliens Elendsvierteln oder Zentren für



Betty Schätzchen hat eine Schwäche zur Stärke gemacht: Die Hörbehinderte gründete ihre eigene Yoga-Schule FOTO: SCHLESER

Sehbehinderte in Indien. Wohlhabende Unternehmer, Privatleute und Stiftungen spenden teils große Summen in einen Topf, aus dem Ashoka die Fellows unterstützt.

Genau solche Spender sind in Deutschland bisher rar gesät. „Noch immer fehlt es bei uns an Investoren“, sagt Erwin Stahl, Geschäftsführer des Risikokapitalfonds Bonventure, der in soziale Projekte investiert. „In den USA sind die Philanthropen da schon einige Schritte weiter.“ Als Grund für die Zurückhaltung der Geber sieht Stahl unter anderem Fehler im System. Noch immer arbeiten viele gemeinnützige Organisationen in Deutschland ineffizient und scheuten davor zurück, den Einsatz ihres Geldes

transparent zu machen. „Kein Wunder, dass da die Skepsis von größeren Geldgebern oft noch groß ist.“ Die wird durch Skandale, wie bei der deutschen Sektion des UN-Kinderhilfswerk Unicef, noch geschürt.

### Staatliches Versagen

Einen fehlenden Markt für soziale Projekte kritisiert auch Felicitas von Peter, die mit ihrem Forum für Active Philanthropy Stifter und Spender beim Einsatz ihres Geldes berät. In Deutschland habe die Politik in den vergangenen Jahrzehnten vieles versäumt. So müssten Stiftungen hierzulande anders als in Großbritannien oder den USA nicht zentral melden, welche Pro-

jekte sie unterstützen. Folglich arbeiteten viele Organisationen mit gleichem Ziel, ohne es zu wissen, nebeneinander her. Zu Recht seien Unternehmer da skeptisch. „Sie wollen genau wissen, was mit ihrem Geld passiert“, sagt von Peter. „Unternehmer erwarten eben Effizienz – auch beim Einsatz ihrer Spenden.“

Dass der Staat die Spender nicht systematisch fördert, bedauert Mirjam Schöning von der Schwab-Stiftung. In Großbritannien etwa würden Sozialunternehmer bereits seit Jahren mit Millionenbeträgen der National Lottery unterstützt.

Viel Bewegung sieht Schöning allerdings an Deutschlands Universitäten. Ob Witten-Herdecke, die TU München oder die neue Zepelin

### Sozialunternehmer

Die Idee kommt aus den USA: Dort packen immer mehr Menschen gesellschaftliche Probleme mit unternehmerischem Elan an. So genannte Social Entrepreneurs entwickeln sie Geschäftsideen, die sich leicht kopieren lassen, damit sie besonders gut wirken. Auch in Deutschland sind Sozialunternehmer tätig. Sie kämpfen gegen Kinderarmut, ebnen Behinderten den Weg in die Selbstständigkeit oder sorgen sich um die Umwelt. Ihr Ziel ist effizienter Einsatz des Geldes für einen guten Zweck, nicht die Gewinnmaximierung.

1980 gründete der ehemalige McKinsey-Berater Bill Drayton in den USA Ashoka International. Inzwischen fördert die Organisation rund 2000 Sozialunternehmer in fast 70 Ländern, seit 2003 ist sie auch in Deutschland aktiv. Den Deutschen „Social Entrepreneur“ des Jahres kürt die Schwab-Stiftung gemeinsam mit der Boston Consulting Group. Gesucht wird „eine Mischung aus Bill Gates und Mutter Theresa“. Die Gewinner werden zum Weltwirtschaftsforum nach Davos eingeladen. imi

Universität in Friedrichshafen – immer mehr Hochschulen bieten Kurse zu Social Entrepreneurship an. Für sämtliche Top-Business-Schools in den USA gehört das längst zum Standard. Aber auch in Deutschland steigt die Nachfrage, weiß Schöning. „Bei uns melden sich jeden Tag mindestens zwei Studenten oder Doktoranden an, die ihre Arbeit über Unternehmer im sozialen Bereich schreiben.“

Ann-Kristin Achleitner, Professorin für Unternehmer-Finanzierung an der TU München, setzt auf Schub von der Wissenschaft. „Noch hat sich die Spenderwelt hierzulande nicht mit der Geschwindigkeit entwickelt, wie die Uni-Welt“, sagt sie. Auch gehöre es längst nicht an allen Wirtschaftsfakultäten zum guten Ton, die Studenten im sozialen Unternehmertum zu schulen. Das könne sich aber sehr schnell ändern. „Wir hoffen auf Schneeballeffekte“, sagt Achleitner. Nachwuchs-Philanthropen von den Unis sind schon heute begehrte. „Es fehlt vor allem an guten Managern, die sich eine Ebene unter den Sozialunternehmern engagieren“, sagt Achleitner. „Wir brauchen auch da mehr Überzeugungstäter.“

### Mehr Überzeugungstäter

Die Organisation Ashoka sucht daher neuerdings schon an Schulen die Wohltäter von morgen. Im Herbst 2007 schulte die Organisation acht Studenten der Zepelin-Universität, die im Bodenseekreis ausschärmt, um Schüler zu sozialen Projekten zu motivieren. Begeistert hat das unter anderem die 13-jährige Paula Göbel. Mit vier anderen Mädchen und 800 Euro von Ashoka hat sie am Graf Zeppelin Gymnasium in Friedrichshafen ein Umweltprojekt gestartet.

Die Mädchen wollen einen Schulgarten anlegen und vielleicht, wenn sie genug Geld aufreihen, sogar ein neues Gewächshaus bauen. Dort wollen sie mit Helfern aus der Umwelt-AG Bio-Gemüse pflanzen, das sie auf dem Schulhof und an die Mensa verkaufen. „Umweltschutz kann auch im Kleinen funktionieren“, davon ist Paula Göbel überzeugt. „Und dass es sich lohnt, es auszuprobieren, haben uns die Leute von Ashoka gezeigt.“

## Schattenspiele der Solarwirtschaft

### Die Photovoltaik-Branche kämpft mit fragwürdigen Argumenten für den Erhalt ihrer milliardenschweren Subventionen

Von Daniel Wetzel

BERLIN – Die Solarstrombranche kämpft dagegen, dass die Milliarden-subsidien staatlich verordnet sinken – mit fragwürdigen Argumenten. In Berlin legte der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) jetzt eine Studie der Institute EuPD Research und Ifo vor, die das hohe volkswirtschaftliche Potenzial der Branche belegen soll. So könnten die Umsätze der Photovoltaikhersteller 2015 in etwa die der Luft- und Raumfahrtindustrie heute erreichen: 19,5 Mrd. Euro.

„Eine zu schnelle Absenkung der Solarförderung im Rahmen der anstehenden Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) könnte zu einem Einbruch des Beschäftigungs- und Umsatzwachstums führen“, warnte BSW-Geschäftsführer Carsten Körnig. Denn

derzeit seien die Photovoltaik-Hersteller „durch steigende Rohstoffkosten bei Silizium, Aluminium, Kupfer, Silber, Stahl sowie verschlechterte Finanzierungsbedingungen belastet“. Dies müsse der Bundestag berücksichtigen, wenn er über die Kürzung der Solarstromförderung berate.

Allerdings belegt eine andere Studie im Auftrag des BSW, dass die Preiserhöhungen bei Rohstoffen wie Silber, Kupfer und Aluminium für die Kosten der Solarhersteller tatsächlich nur „eine geringere Rolle spielen“ und lediglich „mit zwei bis drei Prozent“ zu Buche schlagen. Nach der Analyse des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme und der PSE AG dominieren vielmehr die gestiegenen Siliziumpreise die Produktionskosten.

Weil die Siliziumindustrie jedoch selbst Teil der Wertschöpfungs-

kette der Solarindustrie ist, kann deren Preissteigerung jetzt nicht als externe Kostenbelastung hingestellt werden. Wacker Chemie, einer der führenden Anbieter von Reinst-Silizium, ist immerhin selbst Mitglied des Bundesverbands Solarwirtschaft.

Auch die Tatsache, dass führende Photovoltaikkonzerne wie Q-Cells oder Solarworld ihre Bruttorendite innerhalb der vergangenen drei Jahre von rund 14,2 Prozent auf 26 bis 35 Prozent gesteigert haben, widerspricht dem Bild, dass steigende Rohstoffkosten den Großteil der Effizienzsteigerungen aufreissen.

Fraglich ist auch, ob Deutschland 2008 wirklich erstmals „Netto-Exporteur von Solaranlagen“ wird, wie es das neue Standortgutachten vorhersagt. Das Wachstum der „tatsächlichen Produktionsleistung auf über 1200 Megawatt-peak“ reiche



Solarmodul-Fertigung: Die Branche warnt davor, die Beihilfen zu kürzen FOTO: DPA

laut BSW aus, den deutschen Inlandsbedarf zu decken und die Überschüsse zu exportieren.

Dabei hatte der BSW selbst kürzlich eine Studie der Bank Sarasin vorgelegt, nach der in diesem Jahr Solarzellen mit 1625 Megawatt-peak auf deutschen Dächern montiert

werden. Stimmt dieser Wert, reicht aber die jetzt genannte Produktionsleistung der deutschen Hersteller 2008 immer noch nicht aus, den Inlandsbedarf zu decken: Noch immer würde also ein großer Teil der von den Verbrauchern zu zahlenden Einspeisevergütung in Milliardenhöhe ausländischen Konzernen zugutekommen.

Auch beim Arbeitsmarkt lassen die BSW-Zahlen Fragen offen: Nach den aktuellen Angaben ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2006 „um 11 000 auf 41 000“ gestiegen. Stimmt dies, kann die BSW-Statistik im vergangenen Jahr nicht richtig gewesen sein: Da nämlich hatte der Verband für 2006 noch 35 000 Arbeitsplätze ausgewiesen – womit der Zuwachs mit rund 6000 Stellen deutlich geringer ausgefallen wäre.